



# Bundes- tags- brief

Nr.94 • Die Woche im Bundestag • 15.04.2011



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika  
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@  
bundestag.de

[www.monika-gruetters.de](http://www.monika-gruetters.de)

## Gesetzentwürfe zur Präimplantationsdiagnostik im Bundestag debattiert

In dieser Woche haben wir der Debatte über die Präimplantationsdiagnostik einen breiten, diesem wichtigen Thema angemessenen Raum in der Kernzeit verschafft.

In einer ernsthaften Debatte haben eine Vielzahl von Mitgliedern des Bundestages über das Für und Wider der Präimplantationsdiagnostik auf hohem Niveau mit einander diskutiert.

Mehr als zwei Drittel der Mitglieder des Deutschen Bundestages haben bislang für je einen der drei Gesetzentwürfe ihre Unterstützung erklärt.

Die Debatte konnte nunmehr denen, die noch keine Entscheidung getroffen haben, alle Argumente noch einmal vor Augen führen.

Auch der Öffentlichkeit konnten wir so eine umfassende Sicht auf die ethischen und gesellschaftspolitischen, medizinischen und rechtlichen Aspekte der PID ermöglichen.

– Der Gesetzentwurf zum Verbot der Präimplantationsdiagnostik sieht ein umfassendes gesetzliches Verbot der Durchführung der PID an menschlichen Embryonen vor.

– Der Gesetzentwurf zur Regelung der Präimplantationsdiagnostik tritt für eine Zulassung der PID ein, wenn aufgrund der genetischen Disposition der Eltern für deren Nachkommen eine hohe Wahrscheinlichkeit für eine schwerwiegende Erbkrankheit besteht oder die PID zur Feststellung einer schwerwiegenden Schädigung des Embryos vorgenommen wird, die mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Tot- oder Fehlgeburt führen wird.

– Der Gesetzentwurf zur begrenzten Zulassung der Präimplantationsdiagnostik sieht eine Zulassung der PID vor, wenn bei den Eltern eine genetische oder chromosomale Disposition diagnostiziert wird, die mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Schädigung des Embryos zur Folge hat, die zur Tot- oder Fehlgeburt oder zum Tod im ersten Lebensjahr führen kann.

### Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum sicherstellen

Wir sorgen dafür, dass die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum auch zukünftig auf hohem Niveau gewährleistet ist.

Obwohl die Arztzahlen nach wie vor steigen, gibt es schon heute nicht mehr in allen Bereichen und Regionen ausreichend Ärzte.

Dieser Trend wird dadurch verstärkt, dass in naher Zukunft viele Ärzte aus Altersgründen ausscheiden und zugleich die Nachfrage bei einer alternden Bevölkerung steigen wird. Auch bei Ärzten sind zudem vermehrt Teilzeitmodelle gefragt, um Familie und Beruf vereinbaren zu können.

In der vergangenen Woche hat die Koalition Eckpunkte für ein Versorgungsgesetz festgelegt, um dem regionalen Ärztemangel entgegenzuwirken. Ärzten soll es zukünftig erleichtert werden, sich in ländlichen oder strukturschwachen Regionen niederzulassen. Finanzielle Anreize stehen dabei ebenso im Vordergrund wie die Verbesserungen der Arbeitsbedingungen.

Zudem sollen mobile Versorgungskonzepte ausgebaut werden. Auch die Mitsprache der Länder wird verstärkt, damit regionale Besonderheiten nicht aus dem Blick geraten.

## **Besuch aus dem Kloster Mor Gabriel**

In dieser Woche ist der Abt des Klosters Mor Gabriel, Erzbischof Thimotheos Samuel Aktas, zu Gast in der Fraktion gewesen.

Wir hatten ihn eingeladen, um uns aus erster Hand über die Lage des Klosters zu informieren. Auch im Stephanuskreis der Fraktion war er zu Gast. In diesem Rahmen haben wir auch über die Lage der Christen in der Türkei gesprochen.

Das Kloster aus dem vierten Jahrhundert ist eines der ältesten Klöster der Christenheit und noch heute das geistige und kulturelle Zentrum der syrisch-orthodoxen Christen in der Türkei.

Seit vielen Jahren wehrt sich das Kloster vor Gericht gegen Versuche der türkischen Behörden, weite Teile des Grundbesitzes zu verstaatlichen. Abgeordnete unserer Fraktion verfolgen diese Auseinandersetzungen seit Jahren aufmerksam und unterstützen das Kloster mit Rat und Tat.

Auf unsere Initiative hat der Deutsche Bundestag in der vergangenen Legislaturperiode in einem Beschluss gefordert, die Rechte der religiösen Minderheiten in der Türkei zu gewähren und den Schutz des Klosters Mor Gabriel sicherzustellen.

Mit großer Sorge nehmen wir die jüngsten Urteile gegen das Kloster zur Kenntnis. Sollten auch die Berufungen in letzter Instanz keinen Erfolg haben, steht dem Kloster nur noch der Gang vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte offen.

## **Berufsbildungsbericht 2011: Ausbildungslage deutlich verbessert**

Für das Jahr 2010 ist entgegen der Erwartung eine Verbesserung der Ausbildungslage in Deutschland verzeichnet worden.

Die Zahl der angebotenen Ausbildungsstellen betrug rund 560.000 und hat sich damit gegenüber der Prognose um 16.000 erhöht. Rechnerisch standen 2010 89,9 Ausbildungsplatzangebote 100 Ausbildungsplatznachfragern gegenüber. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist dagegen gegenüber dem Vorjahr nur leicht von rund 564.000 auf rund 560.000 zurückgegangen.

Auffallend sind die beträchtlichen Divergenzen zwischen den alten und neuen Bundesländern: Während es im Osten Deutschlands zu einem Rückgang von 7,4% kam, nahm die Zahl der neuen Verträge im Westen leicht um 0,7% zu.

Insgesamt haben sich die Ausbildungschancen in Ost und West jedoch aufgrund des demographischen Rückganges verbessert. Laut Prognosen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) soll es in 2011 außerdem zu einem Zuwachs an Ausbildungsplätzen um fast 40.000 kommen.

Die Zahl an Altbewerbern reduzierte sich zwischen 2008 und 2010 um fast 30 % auf 184.745. Auch im Übergangssystem ist ein Rückgang an Ausbildungssuchenden festzustellen. Zwischen 2009 und 2010 nahm die Zahl der Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz immerhin um 7% ab.

Überdies haben die Ausbildungsabsolventen gute Übernahmekancen. Nach den Ergebnissen des IAB-Betriebspanels betrug die Übernahmekquote erfolgreicher Absolventen durch die Betriebe 57%. Nach Ergebnissen des Mikrozensus 2008 bleibt die Ungelerntenquote der 20-29-Jährigen jedoch mit 14,9% nach wie vor sehr hoch.

Auch sind in der Berufsausbildung Jugendliche mit Migrationshintergrund stark unterrepräsentiert. Im Jahr 2009 fiel die Ausbildungsbeteiligungsquote junger Ausländer mit 31,4 Prozent nur etwa halb so hoch aus wie die der deutschen jungen Menschen mit 64,3 Prozent.

*(Quelle: Berufsbildungsbericht 2011)*

## **Frühjahrgutachten prognostiziert kräftiges Wachstum in 2011**

Die führenden Wirtschaftsinstitute sagen Deutschland für das Jahr 2011 ein kräftiges Wirtschaftswachstum voraus.

Das Bruttoinlandsprodukt soll in diesem Jahr um 2,8% und im Jahr 2012 um weitere 2,0% zunehmen. Zudem gehen die führenden Wirtschaftsinstitute von einer nachhaltigen Verbesserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt aus.

So wird die Erwerbstätigenzahl voraussichtlich um 430.000 in diesem und um 275.000 im nächsten Jahr wachsen.

*(Quelle: Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2011)*